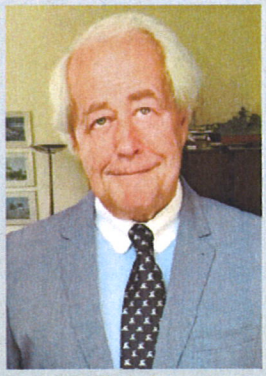
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Sondierungs-Rituale

Politik verkommt immer öfter zur Realsatire. Diesem Eindruck kann sich kaum verschließen, wer die abendliche TV-Präsentation der neuesten Sondierungsgespräche verfolgt. Da trotten die Generalsekretäre der vier beteiligten Parteien im Gänsemarsch vor die Mikrofone, um mit staatstragender Miene Selbstverständlichkeiten und Banalitäten zu verkünden. Oft verfallen die Akteure in den bekannten Modus vergangener (oder vielleicht schon baldiger) Wahlkampfreden. Zentrale Intention ist dabei, den jeweils eigenen Parteigängern durch ideologisch beinharte Linientreue zu imponieren. Bereichert wird die Show durch regelmäßige Balkonauftritte der Verhandlungsführer, die sich im Blitzlichtgewitter herzen und umarmen, gute Laune versprühen und richtungsweisend auf die Kameras zeigen. Über zwei Wochen nach Beginn der Sondierungsgespräche wachsen die Zweifel, ob die Quadratur des Kreises überhaupt seriös und dauerhaft gelingen kann. Offenkundig himmelweite Diskrepanzen in Grundsatzfragen werden durch homöopathisch eingesetzte Sympathiebekundungen vernebelt. Wie diese vier Parteien bei wichtigen Zukunftsthemen wie Migration, Umweltschutz und Euro-Politik auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollen, erscheint rätselhaft. Allenfalls bei der Vergabe lukrativer Ämter und Posten scheint die Phantasie von CDU, CSU, FDP und Grünen grenzenlos zu sein. Ein altgedienter Hauptstadt-Zyniker hat als Alternative empfohlen, die geschäftsführende Regierung unbegrenzt im Amt zu lassen, weil politische Untätigkeit immer noch besser sei als Jamaica-Chaos. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Kommentars drängt sich der Eindruck auf, dass einer im Wege äußerst fauler Kompromisse entstehenden Vier-Parteien-Regierung wohl nur eine äußerst begrenzte Halbwertzeit beschert sein dürfte. Vor diesem Hintergrund erscheinen baldige Neuwahlen als das kleinere Übel.

„Pastoralisierung"

Ungewohnt kritisch befasst sich der „Spiegel" mit den Perspektiven einer grünen Regierungsbeteiligung. Redakteur Jan Fleischhauer scheint Katrin Göring-Eckardt als mögliche „Nebenkanzlerin" besonders ins Herz geschlossen zu haben. Bei der Dame gelte der ständige Positionswechsel als Ausweis besonderer Standhaftigkeit. Typisch sei der Ton, mit dem sie den größten Binsen Weihe verleihe. Bei ihm – so der Autor – führe die ständige Pastoralisierung von Politik „zu allergischen Anfällen." Der Journalist weiter: „Was die Tonlage angeht, sind Grüne und CDU schon nah beieinander. Merkel und Göring-Eckhardt verstehen sich blind, wie es heißt. Das ist für alle, die für die Trennung von Staat und Kirche sind, keine gute Nachricht."

Rang 113

Im neuen Standortvergleich der Weltbank ist Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit um drei Plätze auf Rang 20 zurückfallen. Außer der Bundesrepublik finden sich mit Finnland (Rang 13) und Irland (Rang 17) nur noch zwei weitere Euro-Länder unter den besten 20. Während der „Doing-Business-Report 2018" Deutschland gute Noten für die Insolvenzordnung gibt, bestehe erheblicher Nachholbedarf bei der Einfachheit einer Unternehmensgründung. Hier landet Deutschland nur auf dem alarmierenden Rang 113. Auch bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung hinke die Bundesrepublik, nicht zuletzt aus Datenschutzgründen, weit hinterher. Tabellenführer in puncto Wettbewerbsfähigkeit ist übrigens Neuseeland vor Singapur, Dänemark, Südkorea, Hongkong und den USA.

Energiewende

Der Herbststurm „Herwart" hat Ende Oktober nicht nur für wettermäßige Kapriolen gesorgt, sondern auch für Chaos am deutschen Energiemarkt. Der heftige Wind hat – von der Öffentlichkeit unbemerkt – fast den Strompreis kollabieren lassen und damit erneut erhebliche Konstruktionsfehler der Energiewende aufgezeigt: Immer wenn die Windräder und Solaranlagen mehr Energie produzieren als benötigt, stürzen die Preise in den Minusbereich ab. Ursächlich dafür ist das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG), das die Gesetze des Marktes systematisch ausschaltet. Private Verbraucher profitieren übrigens nicht von den Minuspreisen, sondern müssen mittelbar – in Gestalt der EEG-Umlage – sogar noch draufzahlen. Nutznießer dieses Negativpreis-Paradoxons sind Nachbarländer wie die Schweiz und Österreich, die Deutschland den überschüssigen Strom zunächst kostenfrei abnehmen und später zurück verkaufen.

Mit Volldampf in 2018

Der ifo-Geschäftsindex ist im Oktober auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Die Deka-Bank sieht die deutsche Wirtschaft auf den längsten Aufschwung seit Jahrzehnten zusteuern. Als Konjunkturtreiber wirkt nach wie vor die ebenso lockere wie problematische Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Fachleute rechnen jetzt frühestens im Sommer 2019 mit einer Leitzinswende der EZB. Der Ökonom Clemens Fuest hat die Senkung der monatlichen Anleihekäufe auf 30 Mrd. Euro als zu zögerlich bezeichnet. Investoren würden weiter in zunehmend riskante Anlagen getrieben. Außerdem steige die Solidarhaftung in der Eurozone. Gleichwohl: Deutschland startet mit einer BIP-Wachstumsprognose von mindestens 1,8 % gut gestimmt in das neue Jahr. Sinkende Arbeitslosigkeit, stabiles Konsumverhalten und steigende Exporterwartungen beflügeln die allgemeine Zuversicht. In der Eurozone ist das Wirtschaftsklima auf den höchsten Stand seit 2000 gestiegen, was für zusätzliche Außenhandelsimpulse sorgen dürfte.